

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsberatungen sind immer spannend. Sie haben so eine schöne Dynamik. Plötzlich hört man auch etwas von Fraktionen oder Personen, die man das ganze Jahr über gar nicht wahrgenommen hat. Innerhalb von vier Wochen wird plötzlich versucht, eine politische Sichtbarkeit zu erzeugen, die man das ganze Jahr über vermisst hat. Oder auch nicht, das ist natürlich eine Frage des Standpunkts.

Es gehört zu den unbequemen Wahrheiten hier im Haus, dass das hektische Treiben während der Haushaltsberatungen am Ende sehr unproduktiv ist. Ich vermisste substanzielle Anträge aus den meisten Fraktionen unterhalb des Jahres. Einen Antrag, wie den zur Flexibilisierung der Kindergartenöffnungszeiten, den die FDP eingebracht und dann gemeinsam mit der CDU und früher Unterstützung durch die SPD hier im Haus durchgesetzt hat. Die etwas dickeren Bretter bohrt man nämlich nicht in vier Wochen Haushaltsberatungen.

Das gleiche gilt für plötzliche Forderungen nach mehr „Transparenz“, ein Schlagwort, das nicht einmal mehr die Piraten benutzen oder die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Haushaltsberatungen. Substanzielles haben nämlich auch hier die Beratungen mit den Sprechern der Bürgermeister nicht gebracht. Unrealistische, teils unverschämte Forderungen sind das einzige was dabei herausgekommen ist.

Und das ist schade! Denn bei den diesjährigen Haushaltsberatungen ist erstmals seit langem das systembedingt fragile Verhältnis zwischen unseren Kommunen und dem Kreis Warendorf ins Wanken geraten. Dabei liegt das Problem gar nicht hier vor Ort. Bleiben wir doch ehrlich. Die Fakten liegen auf dem Tisch! Der Finanzbedarf des Kreises hat sich, laut dem ersten Eckdatenpapier welches die Aufregung auslöste, um 12,8 Millionen Euro erhöht. Nichts davon ist auf aktuelle Beschlüsse des Kreistags zurückzuführen. Der Kreistag hat diese Kosten nicht verursacht, daher tut er sich auch schwer damit, sie einzusparen.

Die Verursacher des Desasters sitzen in Berlin und vor allem in Düsseldorf. Machen wir uns nicht vor. Wir stehen an einem steilen Abhang. Der Abstieg wird schwer und gefährlich. Wenn jetzt die Seilschaft in Streit gerät, wird am Ende keiner Überleben.

Die Strategie der rot-grünen Landesregierung gefährdet in noch nie dagewesener Art und Weise die Zukunft des ländlichen Raums.

Die Kriterien für die Finanzaufweisungen wurden, vor allem über den Soziallastenausgleich, massiv zugunsten der Ballungszentren verändert. Ein schleicher Prozess seit mehreren Jahren. Kleine Kommunen im Kreis Warendorf werden über die Abundanzumlage ausgeblutet, um großen Städten im Ruhrgebiet, wie Essen, dabei zu helfen jetzt über ihre Stadtwerketöchter für Milliarden von Euro die Braunkohle-Aktivitäten von Vattenfall in Ostdeutschland zu kaufen.

Und nun, von jetzt auf gleich, fehlen unserem Kreishaushalt zweistellige Millionenbeträge. Und das jetzt. In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen aller

Zeiten. Wo ist das Geld? Wir haben es nicht ausgegeben! Der Kreistag Warendorf hat, zumindest soweit ich das zeitlich überblicken kann, stets zurückhaltend, vorsichtig und mit spitzer Feder gerechnet, kalkuliert und investiert. Dieser Haushalt unterscheidet sich doch inhaltlich im Prinzip gar nicht von dem der Vorjahre. Wir verwalten doch quasi seit Jahren den Status quo. Was sich verändert hat, ist das wir in diesem Jahr keine Möglichkeit haben Defizite schön zu rechnen. Sprich Ausgleichsrücklage zu verbrauchen. Das macht die chronische Unterfinanzierung unseres Haushalts plötzlich so deutlich. Aber sie wird extern verursacht. Und gegen das, was von außen mit uns passiert, können wir uns kaum wehren.

Schon im nächsten Jahr werden daher wahrscheinlich wegweisende Entscheidungen anstehen. Die Kommunen und der Kreis werden über ihre freiwilligen Leistungen sprechen. Sprechen müssen!

Aber diese Leistungen sind oft keine Liebhaberei, sondern handfeste Beiträge zur Lebensqualität im ländlichen Raum. Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in NRW und in Deutschland. Wenn wir in diesem Bereich wirklich massiv den Rotstift ansetzen, dann wird es keine Förderung des Breitensports im ländlichen Raum mehr geben. Keine Kulturangebote und Musiknächte. Kinder in Oelde oder Sassenberg werden nicht mehr die Möglichkeit haben, ein Instrument ihrer Wahl zu lernen. Frauen die Gewalt ausgesetzt sind, werden bei uns im Kreis Warendorf dauerhaft keine Hilfe mehr finden, Projekte mit der Kreishandwerkerschaft werden keine Jugendlichen mehr ausbildungsreif machen.

Ist es das, was wir wollen? Wie lange machen das die Bürger im Kreis mit? Wann beginnt damit auch bei uns die viel zitierte Landflucht, die bislang noch so weit weg schien? Vor allem im Osten oder bestenfalls im entlegensten Tal des Sauerlands.

Aber genau darauf läuft die Politik, gerade der Landesregierung, hinaus. Ein race to the bottom. Ein sich selbst beschleunigender Auflösungsprozess der Strukturen, Annehmlichkeiten und auch durchaus schönen Nischen, die das Leben im Kreis Warendorf seit Jahrzehnten so lebenswert machen.

Chancen dagegen zusteuern? Kaum! Geld vom Land wird immer knapper. Sollte eine Kommune wirtschaftlichen Erfolg haben, wird dieses Geld über die Abundanz abgesaugt. Der Wettbewerb mit Gewerbesteuersätzen wurde durch hohe fiktive Hebesätze ausgehebelt. Wachstum, Bau- und Gewerbegebiete werden durch die Landesplanung in unserer Region fast unmöglich gemacht.

Die Landwirtschaft, seit Jahrzehnten immer eine wichtige Stütze unserer Wirtschaftsstruktur - gegängelt, diskreditiert und systematisch aufgegeben. Die Höfe werden aufgegeben, die Kinder ziehen weg. Das ist inzwischen Alltag bei uns.

Gekrönt wird dieser Prozess dadurch, dass die Ballungsräume nun als sogenannte Metropolregionen noch mal mehr Entwicklungsmöglichkeiten und Geld bekommen sollen.

Das einzige wofür der Kreis Warendorf anscheinend noch unbeschränkt tauglich ist, ist für das platzieren riesiger Windräder.

Entlastung für die Menschen, zum Beispiel durch den Bau der B64n, Fehlanzeige.

Fortschritt und Infrastrukturprojekte findet man woanders. Kaum noch bei uns.

Im Ruhrgebiet hat die Landesregierung jetzt Radwege in den Status von Landestraßen erhoben. Radwege! Im Kreis Warendorf gibt es Landestraßen, die wären nicht einmal als Radwege akzeptabel. Da dürfen sie nämlich über weite Strecken nur 40 fahren. Das ist für moderne E-Bikes viel zu wenig! Soweit sind wir doch schon. Im Kreis Warendorf quält sich der Verkehr über marode Straßen, die von großen Firmen geforderten schnelleren Anschlüsse an die Autobahnen werden oder wurden seit Jahren ignoriert und in den engen Kurven der kaputten Landestraßen sterben Menschen. Und an anderer Stelle geprobt die Landesregierung die Verkehrsrevolution mit dem Drahtesel.

Das gleiche Elend bei der Flüchtlingsunterbringung. Da das Land und die Bezirksregierung die schnelle Registrierung der Flüchtlinge nicht hinbekommen, sind im Kreis Warendorf vier Mal so viele Flüchtlinge unterzubringen wie in Osnabrück.

Und auch an dieser Stelle bei der Regierung kein Feeling für den ländlichen Raum. 400 Flüchtlinge in Drensteinfurt. Die Bereitschaft zu helfen ist riesig, aber es gibt schlicht keinen Platz. Es gibt im Prinzip gar keine Wohnungen in Drensteinfurt. Es steht Einfamilienhaus an Einfamilienhaus. Nachdem die Kommune alles gekauft hat, was auf dem Markt verfügbar war, ist Schluss. Die Turnhallen sind belegt, neue Baugebiete können wegen der restriktiven rot-grünen Landesplanung nicht ausgewiesen werden. Aber die Busse mit neuen Flüchtlingen rollen! Wie soll das gehen? Logisch, dass sich die Bürgermeister in einer solchen Situation nicht darum reißen eine höhere Kreisumlage zu zahlen.

Beim Thema Flüchtlinge fällt mir die AfD ein. Ein ohnehin schwieriges Thema. Eine Partei, die sich aber spätestens mit der Demo in Oelde auch im Kreis Warendorf komplett disqualifiziert hat. Umso schwerer wiegt der Vorwurf der SPD, CDU und FDP hätten bezüglich der Haushaltsberatungen gemeinsame Sache mit der AfD gemacht. Ein vor der SPD konstruierter und medial verbreiteter Vorwurf, es gäbe da eine neue Koalition im Kreishaus. Nichts davon ist wahr. Eine neue und unredliche Form des Umgangs hier im Haus.

Wohl niemand hier im Saal hat sich so klar und auch sehr persönlich von den Forderungen und Protagonisten der AfD distanziert wie ich. Umso unverschämter sind die Vorwürfe. Mag es bei Herrn Westerwalbesloh noch dem jugendlichen Leichtsinn geschuldet sein, ist es für einen stellv. Landrat wie Herrn Blömker schlicht unwürdig die Wahrheit in dieser Weise zu verdrehen. Da müssen Sie noch einmal üben, Herr Blömker.

Und bitte bedenken Sie, politische Größe entsteht durch Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit und nicht durch das Aufstehen bei Wortbeiträgen hier im Kreistag.

Zurück zum Haushalt. Wir sehen, kennen und respektieren die Not der Kommunen, aber es gibt keine sinnvolle Alternative. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat der Kreisverwaltung gute Arbeit und eine schlanke Struktur testiert. Die Belastung der Kommunen ist im landesschnitt gesehen nicht besonders hoch. Der Kreistag hat in den letzten Jahren, mit steter Unterstützung meiner Fraktion, einiges konsolidiert, Personal abgebaut und Aufgaben hinterfragt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die Probleme brocken uns andere ein.

Die FDP wird dem Haushaltsentwurf daher zustimmen.

Vielen Dank.